

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 22.02.2011**

Sitzung Nr. 2 Ö **am Dienstag, 22. Februar 2011**

Die Sitzung ist öffentlich.

Sitzungsort: Ratssaal, Rathaus

Anwesend waren:

Vorsitzender: Bürgermeister Alexander Eger

Gemeinderäte: Geider Adolf Köck Siegfried

Götzmann Walter Pfleiderer Susanne

Haffner Gerhard Rehorst Tobias

Dr. Hanke Paul Rössler Beate

Hecker Roland (ab 19.25) Runde Anneliese

Heger Roman Schell Achim

Speckert Benjamin

Heim Andrea Speckert Ferdinand

Herling Michael Stegmüller Reino

Ittensohn Karl Vetter Theo

Klemenz Birgit Weinlein Albert

Protokollführer: Helmut Braun

Gäste: Werner Kleiber, Harry Zorn, Angelika Laux, Rainer Kremer (Amt für Flurneuordnung)

Sitzungsbeginn: 19.00 Uhr

Sitzungsende: 20.45 Uhr

Die Sitzung wird vom Vorsitzenden mit der Feststellung eröffnet, dass die Damen und Herren Gemeinderäte mit Schreiben vom 15.02.2011 ordnungsgemäß geladen wurden. Von den 22 geladenen Mitgliedern des Gemeinderates sind 21 erschienen. Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Es fehlen entschuldigt: Gemeinderat Rudi Heger (Kur)

Es fehlen unentschuldigt: keine

Vor Eintritt in die Tagesordnung regt Gemeinderat Michael Herling an, den Tagesordnungspunkt 5 wegen der derzeitigen Abwesenheit von Gemeinderat Roland Hecker später zu behandeln.

Wegen der bei diesem Tagesordnungspunkt anwesenden Gäste wird dies als nicht erforderlich angesehen.

Sitzung am: Dienstag, 22. Februar 2011 Nr. 2 Ö **Tagesordnungspunkt: 1**
Bekanntgabe der am 25. Januar 2011 nichtöffentlich gefassten Beschlüsse. Offenlage des öffentlichen Sitzungsprotokolls vom 25. Januar 2011

Ausführungen und Beschluss:

Aus der Sitzung am 25.01.2011 sind keine nichtöffentlich gefassten Beschlüsse bekannt zu geben.

Sitzung am: Dienstag, 22. Februar 2011 Nr. 2 Ö **Tagesordnungspunkt: 2**
Bestellung von Urkundspersonen

Ausführungen und Beschluss:

Turnusgemäß werden die Herren Gemeinderäte Michael Herling und Karl Ittensohn als Urkundspersonen vorgeschlagen.

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Sitzung am: Dienstag, 22. Februar 2011 Nr. 2 Ö **Tagesordnungspunkt: 3**
Wünsche und Anfragen aus der Bevölkerung

Ausführungen und Beschluss:

Herr Rudolf Bellemann, Birkenweg, spricht die geplante Verlegung der 110 KV-Leitung an und fragt, weshalb bei dem Schreiben an die Anlieger lediglich die Möglichkeit gegeben wurde, mit „Ja“ zu antworten. Er möchte außerdem wissen, weshalb nur die Anlieger des Birkenwegs angeschrieben wurden.

Bürgermeister Eger erklärt, dass nur die Grundstückseigentümer angeschrieben wurden, bei denen eine Dienstbarkeit im Grundbuch eingetragen ist bzw. die von der Trasse berührt werden.

Zur ersten Frage erklärt **Bürgermeister Eger**, dass die Verwaltung davon ausgegangen sei, dass andere Antworten als „Ja“ entsprechend anders ausgedrückt werden. Künftig werde man dies als Anregung für die Formulierungen annehmen.

Sitzung am: Dienstag, 22. Februar 2011 Nr. 2 Ö **Tagesordnungspunkt: 4**
Neuwahl der Kommandanten und stellvertretenden Kommandanten bei den Freiwilligen Feuerwehren St. Leon und Rot

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Eger hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage und erklärt, dass es bei der Freiwilligen Feuerwehr St. Leon einen Wechsel in der Führung gegeben habe, da sich die bisherigen Amtsinhaber

nach vielen Jahren nicht mehr zur Wahl gestellt hatten. Bei der Freiwilligen Feuerwehr Rot sei die bisherige Führung bestätigt worden.

Die Zustimmung des Gemeinderates zum jeweiligen Funktionsträger wird in einzelnen Abstimmungsgängen durchgeführt.

Der Gemeinderat stimmt der Wahl von Herrn Marco Lehn als Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr St. Leon einstimmig zu

Gemeinderat Michael Herling ist befangen; er nimmt während der Beschlussfassung für den stellvertretenden Kommandanten im Zuhörerraum Platz.

Der Gemeinderat stimmt der Wahl von Denis Jahn zum stellvertretenden Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr St. Leon einstimmig zu.

Gemeinderat Karl Ittensohn ist bei der Abstimmung zum Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Rot befangen; er nimmt während der Beschlussfassung im Zuhörerraum Platz.

Der Gemeinderat stimmt der Wahl von Herrn Karl Ittensohn zum Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Rot einstimmig zu.

Der Gemeinderat stimmt der Wahl von Herrn Stefan Back zum stellvertretenden Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Rot einstimmig zu.

Bürgermeister Eger dankt den neu- und wiedergewählten Funktionsträgern und vor allem auch dem bisherigen Kommandanten bzw. stellvertretenden Kommandanten der St. Leoner Wehr, was auch in einem Ehrenabend erfolgen wird.

Sitzung am: Dienstag, 22. Februar 2011 Nr. 2 Ö	Tagesordnungspunkt: 5
---	------------------------------

Flurbereinigung St. Leon-Rot (L 546)

hier: - **Allgemeine Grundsätze nach § 38 Flurbereinigungsgesetz (FlurbG)**

- **Wege- und Gewässerplan nach § 41 Flurbereinigungsgesetz**

- **Einladung zum Anhörungstermin am 28.02.2011 gemäß § 41 Absatz 2 Flurbereinigungsgesetz**

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Eger erklärt, dass er trotz der Abwesenheit eines Gemeinderates diesen Tagesordnungspunkt aufrufen wolle, weil Herr Kremer vom Amt für Flurneuordnung anwesend sei. Das für den Wege- und Gewässerplan notwendige Verwaltungsverfahren gehe mit dem Beschluss des Gemeinderats zu diesem Plan seinem Ende entgegen. Es werde noch ein Anhörungstermin folgen, bei dem letztmals Einwendungen eingebracht werden könnten.

Herr Reiner Kremer, Amt für Flurneuordnung, hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage und geht dabei in kurzen Zügen auf den Wege- und Gewässerplan ein. Er weist auf die geringfügigen Änderungen beim Gärtenweg und beim Erdwall entlang der Umgehungsstraße hin, was eine geringe Verschiebung bei der Finanzierung ergeben habe, weil die Gemeinde die Abwicklung von Projekten übernimmt.

Bürgermeister Eger weist anschließend darauf hin, dass der heute zu fassende Beschluss nicht nur auf die Gemeinde, sondern auch auf die beteiligten Gemeindebetriebe beziehe, was entsprechend ins Protokoll aufgenommen werde.

Für die Gemeinde und die beteiligten Eigenbetriebe der Gemeinde fasst der Gemeinderat folgenden einstimmigen Beschluss:

Dem Wege- und Gewässerplan, bestehend aus Wege- und Gewässerkarte mit Landschaftskarte, Erläuterungsbericht zum Wege- und Gewässerplan mit landschaftspflegerischem Begleitplan und Umweltverträglichkeitsprüfung sowie Allgemeine Grundsätze gemäß § 38 Flurbereinigungsgesetz gemäß beigefügten Anlagen, wird zugestimmt.

Sitzung am: Dienstag, 22. Februar 2011 Nr. 2 Ö	Tagesordnungspunkt: 6
---	------------------------------

Sanierung Armaturenschächte der Wasserversorgung 2011

Ausführungen und Beschluss:

Betriebsleiterin Angelika Laux hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, den Auftrag für die Sanierung der Armaturenschächte zur Auftragssumme von 139.208,26 €(netto) an die Firma Gebr. Becher, 57555 Mudersbach, zu vergeben.

Das Ingenieurbüro Mohn wird mit der Überwachung der Bausausführung beauftragt.

Es werden überplanmäßige Mittel in Höhe von 50.000 € im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Wasserversorgung für die Maßnahme genehmigt.

Sitzung am: Dienstag, 22. Februar 2011 Nr. 2 Ö	Tagesordnungspunkt: 7
---	------------------------------

Zuschussantrag des Vereins der Vogelfreunde St. Leon; Sanierung der Zaunanlage und der Volierenbedachung

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Eger hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Gemeinderat Siegfried Köck stimmt für seine Fraktion zu, den Zuschuss zu gewähren. Er geht auf die Vereinsförderrichtlinien ein und sieht den Bedarf, die Vereinsförderrichtlinien grundsätzlich zu diskutieren und

klare Entscheidungskriterien zu schaffen.

Er stellt namens der FW-Fraktion den Antrag, dem Gemeinderat die derzeit gültigen Vereinsförderrichtlinien zur eventuell notwendigen Änderung, Veränderung oder Anpassung vorzulegen. Er begründet dies mit dem Hinweis, dass im Gemeinderat Entscheidungen getroffen wurden, für die in den Vereinsförderrichtlinien keine eindeutigen Grundlagen vorhanden sind.

Bürgermeister Eger weist erneut darauf hin, dass dies weniger an den Vereinsförderrichtlinien liege, als an deren Anwendung. Der Gemeinderat habe von dem Einzelentscheidungsrecht Gebrauch gemacht und abweichend entschieden und Maßnahmen zu 100% bezuschusst. Er sagt zu, die Förderrichtlinien nochmals im Gemeinderat zu diskutieren.

Gemeinderat Gerhard Haffner erklärt, dass seine Fraktion den Tagesordnungspunkt deswegen kritisch betrachtet habe, weil ein Verein den Mut habe die hundertprozentige Förderung zu beantragen, der andere nicht. Da die Mitglieder seiner Fraktion, wie wohl auch andere Gemeinderäte, über die Entscheidung nicht glücklich seien, sollte man über die Vereinsförderrichtlinien nicht öffentlich noch mal reden.

Gemeinderat Ferdinand Speckert stellt fest, dass die festgelegten Grundsätze in den letzten Monaten durchbrochen wurden. Deshalb werde der Antrag der Freien Wähler unterstützt und die Diskussion der Vereinsförderrichtlinien befürwortet. Dem vorliegenden Beschlussvorschlag stimme seine Fraktion zu, sehe aber die Notwendigkeit, hinsichtlich der Förderrichtlinien nochmals zu entscheiden.

Gemeinderat Michael Herling stimmt für seine Fraktion dem Beschlussvorschlag zu und verweist darauf, dass die FDP auch bei der ersten Entscheidung dafür plädiert habe.

Gemeinderätin Andrea Heim stimmt für ihre Fraktion dem Beschlussvorschlag zu und sieht ebenfalls die Notwendigkeit, für die Vereinsförderung klare Regeln zu schaffen, um Diskussionen zu vermeiden.

Gemeinderat Adolf Geider weist darauf hin, dass er schon im vergangenen Jahr für eine dreiunddreißigprozentige Bezuschussung gestimmt habe. Er könne nicht nachvollziehen, dass nachträglich eine höhere Bezuschussung gefordert wird. Deshalb erkläre er, dass er diesem Tagesordnungspunkt nicht zustimmen könne.

Bürgermeister Eger weist darauf hin, dass der zu beschließende Betrag überplanmäßig zur Verfügung gestellt werden müsse, weil der Haushalt 2011 bereits beschlossen sei.

Der Gemeinderat fasst mit 21 Ja-Stimmen, bei einer Gegenstimme, folgenden Beschluss:

Unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung wird der Zuschussbetrag unter Berücksichtigung des Beschlusses vom Juli 2010 auf insgesamt 11.741 € angehoben.

Die fehlenden Mittel in Höhe von 7.941 € werden überplanmäßig bereitgestellt und nach den Förderrichtlinien ausbezahlt.

Sitzung am: Dienstag, 22. Februar 2011 Nr. 2 Ö	Tagesordnungspunkt: 8
Zuschussantrag des Modellflugsportvereins; Beschaffung eines Spindelmähers	

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Eger hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Gemeinderat Theo Vetter verweist auf die Vereinsförderrichtlinien, wonach die Verwaltung den Antrag hätte zurückstellen müssen, weil er nicht rechtzeitig angemeldet wurde. Er erklärt, dass seine Fraktion die Vereine bestens unterstützen wolle. Seine Fraktion spreche sich dagegen aus, die Vereinsförderrichtlinien auszuhebeln und nicht zu beachten. Seine Fraktion sehe jetzt die Möglichkeit, im Sinne der Vereinsförderrichtlinien wieder zur Gleichbehandlung zurückzukehren. Deswegen beantrage seine Fraktion die Erweiterung des Beschlussvorschlages derart, den Antrag entsprechend der Vereinsförderrichtlinien im Haushalt 2012 zu berücksichtigen, was seine Fraktion unterstützen werde.

Bürgermeister Eger erklärt, dass der Antrag deswegen auf die Tagesordnung genommen wurde, weil der Gemeinderat bei kurzfristigen Anträgen mit niedrigen Zuschüssen Flexibilität gezeigt und gefordert und positiv entschieden habe. Der Antrag von Herrn Vetter entspreche den Vereinsförderrichtlinien.

Gemeinderat Roman Heger stimmt der Aussage von Gemeinderat Vetter im Prinzip zu, er weist aber auf das Dilemma des beantragenden Vereins, der den nicht mehr funktionsfähigen Spindelmäher durch einen anderen ersetzen müsse. Deshalb sei seine Fraktion dafür, den Zuschuss zu genehmigen und die Mittel überplanmäßig bereitzustellen.

Gemeinderat Ferdinand Speckert sieht für seine Fraktion ebenfalls akuten Handlungsbedarf auch hinsichtlich der Diskussion der Vereinsförderrichtlinien und stimmt in diesem Fall nochmals dem Vorschlag zu.

Gemeinderat Roland Hecker sieht keinen Bedarf, die Vereinsförderrichtlinien neu zu fassen, man müsse sich nur daran halten. Bei dem heute vorgelegten Beschlusspunkt handle es sich um eine Notwendigkeit, weshalb seine Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimme.

Nach kurzer Diskussion stellt **Bürgermeister Eger** den Antrag der Freien Wähler, die Bezuschussung im Haushaltsjahr 2012 vorzunehmen, zur Abstimmung.

Der Gemeinderat lehnt diesen Antrag bei 7 Ja-Stimmen, mit 15 Gegenstimmen ab.

Anschließend stellt **Bürgermeister Eger** den Verwaltungsvorschlag zur Abstimmung.

Der Gemeinderat fasst mit 15 Ja-Stimmen, bei 2 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen, folgenden Beschluss:

Der Kauf des Großflächenmähers durch den Modellflugsportverein mit einem Preis von 6.200 € wird entsprechend den Förderrichtlinien mit einem Zuschuss von 33 %, maximal 2.046 € unterstützt.

Die Zuschussmittel von 2.046 € werden überplanmäßig bereit gestellt.

Sitzung am: Dienstag, 22. Februar 2011 Nr. 2 Ö	Tagesordnungspunkt: 9
Energieversorgung der kommunalen Liegenschaften ab 2012	

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Eger hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Gemeinderat Karl Ittensohn kann nicht nachvollziehen, weshalb die beschlossene Ausschreibung nur des Bedarfes von St. Leon-Rot nicht durchgeführt werden könne, könne allerdings auch dem Vorschlag der Ausschreibung des Energiebedarfes im Sprengel Wiesloch zustimmen. Er fragt, welche Gemeinden im Sprengel beteiligt sind und wünscht, den Ausschreibungstext zur Information des Gemeinderates zu erhalten. Für seine Fraktion stimmt er der Bündelausschreibung im Sprengel zu.

Bürgermeister Eger verweist anhand einer aufgelegten Folie auf die Zeitplanung der Ausschreibung.

Kämmereileiter Zorn informiert, dass bei der Vorbesprechung außer Wiesloch noch die Kommunen Leimen, Nussloch, Rauenberg und Sandhausen anwesend waren. Hier sei vorgesehen, sich der Bündelausschreibung des Gemeindetages zu bedienen, der wiederum ein Rechtsanwaltsbüro mit der rechtssicheren Abwicklung beauftragt habe. Dies deute darauf hin, dass das Verfahren nicht so einfach sei. Auf Grund dieser Gegebenheiten werde es schwierig werden, den Ausschreibungstext vorher zu erhalten. Auf entsprechende Frage erklärt Kämmereileiter Zorn, dass in der Ausschreibung die Option gebunden werde, wonach Strom einer bestimmten Erzeugungsart vorgegeben werden könne.

Gemeinderat Albert Weinlein spricht sich für seine Fraktion dafür aus, die Ausschreibung im Rahmen des Sprengels vorzunehmen, weil bei einer alleinigen Ausschreibung von St. Leon-Rot die Abnahmemengen für einen günstigen Preis zu gering sein werden.

Gemeinderat Ferdinand Speckert zeigt sich von der Vorlage für diesen Tagesordnungspunkt überrascht. Er erinnert daran, dass die Gemeinde in der Vergangenheit mit einem kommunalen Versorgungsvertrag nicht schlecht gefahren ist. Auch wenn aus kartellrechtlichen Gründen die Sparten des Energieversorgers aufgesplittet wurden, konnten in der Vergangenheit die berechtigten Interessen der Gemeinde angesprochen werden, was allerdings heute nicht mehr möglich ist. Für seine Fraktion habe ein Kommunalvertrag nach wie vor Vorteile, zumal eine europaweite Ausschreibung kaum bessere Konditionen bringen werde. Aus diesen Überlegungen heraus plädiere seine Fraktion dafür, den Kommunalvertrag zu den günstigen Konditionen fortzuführen.

Bürgermeister Eger weist darauf hin, dass nach einer Laufzeit des Kommunalvertrages von 10 Jahren wieder eine Ausschreibung fällig werde. Dies werde wohl auch von der Prüfungsbehörde so gesehen. Er sehe die Ausschreibung als notwendig an, weshalb sie entweder über den Gemeindetag oder den Sprengel erfolgen sollte.

Gemeinderat Roland Hecker spricht sich für das Modell der MVV Mannheim aus, die den Handel an der Strombörse präferiere. Allerdings sei es schwierig, sich vorzustellen, wie die Gemeinde in diesem Fall zu agieren habe. Deshalb spreche sich seine Fraktion dafür aus, die Bündelausschreibung mit den Sprengel-Gemeinden vorzunehmen.

Bürgermeister Eger weist darauf hin, dass es derzeit die rechtssichere Möglichkeit des in der Vorlage erwähnten dynamischen Einkaufs noch nicht gebe, sie werden derzeit geprüft. Dies drücke sich auch in der Laufzeit des auf Grund der Ausschreibung abgeschlossenen Liefervertrages aus, die sich auf ein, maximal zwei Jahre belaufen werde.

Gemeinderätin Andrea Heim spricht sich für die Bündelausschreibung der Sprengel-Gemeinden aus, fände es allerdings auch nicht schlecht, wenn der bestehende Kommunalvertrag in Absprache mit dem Lieferanten verlängert werden könne.

Bürgermeister Eger erklärt, dass er diese Frage bereits der Kämmerei gestellt habe, sie allerdings bisher negativ beschieden wurde.

Auf Grund der Diskussion im Gemeinderat modifiziert **Bürgermeister Eger** den Beschlussvorschlag:

Der bisherige Versorger ist anzufragen, ob er bereit ist, zu den jetzt geltenden Konditionen für 2012 nochmals im Rahmen des Zeitplanes zu verlängern. Falls dies nicht der Fall ist, stimmt der Gemeinderat einer Ausschreibung der Energieversorgung der Gemeinde für die Jahre 2012-2013 im Rahmen einer gemeinsamen Ausschreibung der Sprengelgemeinden durch die GT-Service GmbH zu. Eine einjährige Bindung soll möglich sein und die Bezugsoptionen für alternative Energiearten abgefragt werden.

Der Gemeinderat stimmt diesem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Sitzung am: Dienstag, 22. Februar 2011 Nr. 2 Ö	Tagesordnungspunkt: 10
Antrag der Freien Wähler zur Entfernung der Blumenkübel in der Hinterstraße zwischen Hebelstraße und Wilhelm-Busch-Straße	

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Eger hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Sprecherinnen bzw. Sprecher aller Fraktionen weisen darauf hin, dass die wegen der Umgehung der Hauptstraße aufgestellten Blumenkübel im Bereich zwischen Hebelstraße und Wilhelm-Busch-Straße nicht mehr

erforderlich sind, weshalb sie beseitigt werden sollen. Sie stimmen für ihre Fraktionen dem Beschlussvorschlag zu.

Gemeinderätin Runde weist in ihrer Stellungnahme darauf hin, dass die Reflektorstreifen an den Blumenkübeln vor dem Franziskushaus überprüft werden sollten, weil einige fehlen.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Gemeinderat ist mit der Rücknahme der verkehrsrechtlichen Anordnung 06-04 zur Verkehrsberuhigung Hinterstraße einverstanden

Sitzung am: Dienstag, 22. Februar 2011 Nr. 2 Ö

Tagesordnungspunkt: 11

Verschiedenes –022.3-

a) Jahresbericht 2008/2009 Aktionsgemeinschaft Drogen e.V. und Jahresbericht 2009 Schuldnerberatung –410.27-

b) Verlegung der 110-kV-Leitung am Ortsrand Rot –811.0-

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Eger verweist auf die zur Information übermittelten Unterlagen:

- Jahresbericht 2008/2009 Aktionsgemeinschaft Drogen e.V.
- Jahresbericht 2009 Schuldnerberatung
- Statistischer Jahresbericht 2010
- Information über den Zwischenstand der Verlegung der 110-kV-Leitung

Bürgermeister Eger informiert dazu, dass die Verwaltung inzwischen eine Interessensanfrage durchgeführt habe, über deren Ergebnis der Gemeinderat nach der Aufbereitung informiert werde.

Bürgermeister Eger weist auf das Schreiben der Pfarrgemeinde Rot hin, mit dem die Gemeinde über das Thema Betreuung von Demenzkranken und deren Angehörigen informiert wird.

Sitzung am: Dienstag, 22. Februar 2011 Nr. 2 Ö

Tagesordnungspunkt: 12

Wünsche und Anfragen

Ausführungen und Beschluss:

Gemeinderat Ferdinand Speckert geht auf die mit der 110 KV-Leitung zusammenhängende Abfrage ein und wertet das Schreiben des Bürgermeisters als Missachtung des Gemeinderates, weil Themen angesprochen werden, die zunächst im Gemeinderat hätten behandelt werden sollen. Seine Fraktion sei der Meinung, dass hier der Zusammenhang überzogen dargestellt werde. Er bezeichnet es als Novum, wenn hier Grundstückseigentümer zur Kostenbeteiligung herangezogen würden. Seine Fraktion sei für die Verlegung der 110-kV-Leitung, nicht jedoch dafür, betroffene Grundstückseigentümer zu den Kosten heranzuziehen. Es sei aus Sicht der Fraktion notwendig, das Schreiben in einer öffentlichen oder nichtöffentlichen Sitzung zu diskutieren.

Bürgermeister Eger weist den Vorwurf der Missachtung des Gemeinderates als zu weit gehend zurück und verweist darauf, dass das Thema bereits öfters im Gemeinderat diskutiert wurde. Das Thema sei auch von Fraktionen öffentlich thematisiert worden. Darauf basierend wollte die Gemeindeverwaltung die betroffenen Grundstückseigentümer informieren und mit den Betroffenen in Kontakt treten. In dem Schreiben der Verwaltung sei über das Vorhaben informiert und abgefragt worden, ob überhaupt Interesse an der Verlegung bestehe. Weiter wurde gefragt, ob man bereit ist, mit der Gemeinde über eine Kostenbeteiligung zu reden. Daran wolle er auch deswegen festhalten, weil es Aufgabe der Gemeindeverwaltung und des Gemeinderates sei, zunächst die öffentlichen Interessen zu vertreten, die aus seiner Sicht in diesem Fall nicht gegeben sind. Die Verlegung der Stromleitung sei für die Gemeinde nicht im öffentlichen Interesse. Es handelt sich um individuelles Interesse, weil die betroffenen Grundstückseigentümer nach Verlegung keine Stromleitung mehr über ihrem Grundstück haben und dadurch einen definierbaren Vorteil erzielen, weil ihr Anwesen an Wert gewinnt. Er bezeichnet es als verfrüht, eine inhaltliche Festlegung zu treffen. Das Ergebnis der Befragung werde von der Verwaltung aufbereitet und sicher als wichtige Hilfestellung bei der Entscheidung des Gemeinderates dienen. Um keine Zeit zu verlieren, habe die Verwaltung die Abfrage durchgeführt, zumal das Versorgungsunternehmen angedroht habe, auch ohne die Gemeinde die Plangenehmigung voranzutreiben.

Laut **Gemeinderat Karl Itensohn** war seine Fraktion genauso überrascht von dem Schreiben an die Betroffenen. Seine Fraktion sei für die Verlegung der Stromleitung, um dort eine weitere städtebauliche Entwicklung zu ermöglichen. Bei der Kostenbeteiligung stelle sich für seine Fraktion die Frage, ob eine solche beim vorgesehenen Lärmschutz auch angesprochen werde, weil auch für seine Fraktion die angesprochene Kostenbeteiligung bei der Verlegung der Strommasten ein Novum sei.

Bürgermeister Eger bezeichnet die Verlegung der Stromleitung allenfalls teilweise als Novum, weil in einem Fall der Grundstückseigentümer die Verlegung der Stromleitung bezahlt habe. Auf den aus seiner Sicht dringend notwendigen Lärmschutz eingehend, erklärt **Bürgermeister Eger**, dass der Lärmschutz nicht individuell zugeordnet werden könne. Anders stelle es sich bei der Verlegung der Stromtrasse dar, bei der lediglich die betroffenen Grundstückseigentümer, die einen zuordenbaren Vorteil erfahren, angeschrieben wurden. Dies sei bei einer Lärmschutzwand schwierig nachzuvollziehen. Mit dem Schreiben an die Betroffenen sei lediglich die Abfrage verbunden gewesen, ob diese bereit seien, mit der Gemeindeverwaltung über eine Kostenbeteiligung zu reden. Auf Grund des zu erwartenden Vorteils durch die Verlegung der Stromleitung sei dies aus seiner Sicht legitim, zumal der erreichbare Wertzuwachs erheblich sei.

Gemeinderat Roland Hecker sieht eine Verquickung zwischen Individual- und Gemeindeinteresse mit Blick auf die Gemeindeentwicklung. Er bezeichnet es als verfrüht, sich bereits heute über die Kostenbeteiligung zu unterhalten. Für ihn besteht sowohl Individualinteresse an der Verlegung der Stromleitung, wie auch öffentliches Interesse im Sinne der Gemeindeentwicklung.

Gemeinderat Tobias Rehorst informiert, dass es in der Mönchsbergschule Probleme mit den Temperaturen in den Klassenräumen gegeben habe.

Bürgermeister Eger erklärt, dass die Sanierung der Heizungsanlage der Mönchsbergschule in diesem Jahr anstehe. Es sei möglich, dass bei extrem niedrigen Temperaturen die derzeitige Heizanlage Schwierigkeiten mit der Wärmeversorgung habe. Jedoch sei auf eine mobile Heizzentrale wegen der Kosten und der bevorstehenden Sanierung verzichtet worden.

Die Verwaltung werde die Angelegenheit überprüfen, falls notwendig werde auf die genannte Option zurückgegriffen.

Gemeinderat Siegfried Köck spricht das bei der Einmündung der verlängerten Bahnhofstraße in die Umgehungsstraße angebrachte LKW- Durchfahrtsverbotsschild an, dass nach Meinung aus der Bevölkerung verkehrt angebracht ist. Das Schild sollte auf der Umgehungsstraße angebracht werden. Er bittet dies zu prüfen.

Gemeinderat Siegfried Köck erklärt wegen der Verlegung der 110 kV-Leitung, dass die betroffenen Grundstückseigentümer seines Wissens damals keinen Vorteil beim Erwerb der Grundstücke hatten und den normalen Preis zahlten. Die Betroffenen hätten die Verlegung von Erdkabeln in Vorgärten mitgetragen. Zum Lärmschutz sollte geprüft werden, ob die Grundstückseigentümer im Baugebiet „Rosenstraße/Tränkweg“ Vorteile hatten. Während Lärm hörbar sei, sei die Beeinflussung durch stromführende Kabel nicht so klar, weshalb Abstandsregeln gelten. Die festgelegten Abstände entsprechen nicht mehr den neuen Erkenntnissen. Das Thema müsse auch im Hinblick auf städtebauliche Entwicklungen aufgegriffen werden.

Bürgermeister Eger weist darauf hin, dass für die Gemeinde keine Verpflichtung bestehe, die Stromleitung zu entfernen.

Gemeinderat Siegfried Köck bittet darum, die von ihm gestellten Fragen zu Vorteilen der betroffenen Grundstücke beim damaligen Erwerb ebenso zu beantworten wie die, ob die Grundstückseigentümer im Baugebiet „Rosenstraße/Tränkweg“ Vorteile hatten.

Gemeinderat Roland Hecker wirft ein, dass dies auch für das Baugebiet „Harres“ gelte.

Bürgermeister Eger erklärt, dass man nicht in die Sachdiskussion einsteigen könne, weil die Fakten nicht vorliegen. Man werde die in den Fragen gestellten Themen klären. Es gehe allerdings nicht nur darum, wie damals die Grundstückspreise waren, sondern auch darum, wie sich die Verbesserung der Situation heute darstelle. Die Gemeinde habe keinen Bedarf, die Stromleitung zu verlegen. Die Grundstückseigentümer haben die existierende Stromleitung hingenommen und auf dem Grundstück gebaut.

Gemeinderat Karl Ittensohn spricht den verwehrten Platz der Rettungshundestaffel am Rauenberger Weg an und fragt, ob die Situation so belassen werden soll.

Bürgermeister Eger erklärt, dass die Baurechtsbehörde informiert ist.

Gemeinderätin Andrea Heim spricht die Frage an, warum Taucher einen höheren Eintritt zahlen müssen als andere.

Bürgermeister Eger antwortet, dass die Taucher den regulären Eintritt und zusätzlich die Tauchkarte für die Sondernutzung zu bezahlen haben.

Gemeinderätin Andrea Heim fragt, warum zum Tauchen nicht der Surf- und Segelsee genutzt wird.

Aus dem Gemeinderat wird informiert, dass die Sichtweite im Surfsee sehr gering ist.

Betriebsleiter Braun erklärt, dass die Frage noch nicht geprüft wurde, ihr aber nachgegangen wird.

Gemeinderat Adolf Geider spricht die 110-kV-Leitung an und fragt, warum nur die Grundstückseigentümer im südlichen Teil der Bahnhofstraße und nicht auch die im östlichen Teil angeschrieben wurden. Er könne nicht nachvollziehen, weshalb eine so geringe Zahl von Bürgern die Maßnahme tragen soll. Er spricht die Diskrepanz zwischen den dargestellten Gesamtkosten von 700.000 € und dem Ansatz im Haushalt von 100.000 € an und moniert, dass diese Zahlen in die Öffentlichkeit gekommen sind. Er fragt, wie bei künftigen öffentlichen Vorhaben mit der Kostenbeteiligung verfahren werden soll. Für ihn als Gemeinderat müsse die Stromleitung auch wegen der Gefährlichkeit verlegt werden.

Bürgermeister Eger antwortet, dass der Leitungsbetreiber im Gemeinderat die Kosten mit 650.000 - 700.000 € beziffert habe. Der Ansatz im Haushalt umfasse eine Planungsrate mit 100.000 €. Auf das Thema Lärmschutz eingehend erklärt **Bürgermeister Eger**, dass bei der Verlegung der Stromleitung 30 direkt betroffene Bürger profitieren, für die die Gemeinde nun jeweils ca. 20.000 € ausgeben solle, während beim Lärm die Lärmkartierung herangezogen werden kann, aus der sich die Betroffenheit von 6.000 Bürgern ablesen lasse. Wenn die Gemeinde hier auch jeweils 20.000 € pro Kopf investieren könne, würde dies einen beachtlichen Lärmschutz ergeben. Auch eine Bebauungsmöglichkeit für die Grundstücke, die die Stromleitung quert, bestünde, weil lediglich eine Freihaltetrasse notwendig wäre, der restliche Grundstücksanteil sei bebaubar.

Bürgermeister Eger erklärt nochmals nachdrücklich, dass die Gemeindeverwaltung keine Forderung an die angeschriebenen Betroffenen gestellt habe, sondern nur nachgefragt habe, ob die Betroffenen bereit sind, darüber zu reden.

Gemeinderat Ferdinand Speckert fragt, wann eine Vorlage zum Antrag auf Nachverdichtung der Linie 719 vorgelegt werde.

Bürgermeister Eger erinnert, dass die Vorlage dem Gemeinderat schon vorgelegen habe, das Thema wegen den umfangreichen Tagesordnungen noch nicht behandelt werden konnte.

Gemeinderat Ferdinand Speckert beantragt, den Tagesordnungspunkt bald zu behandeln.

Dies wird von **Bürgermeister Eger** zugesagt.

-/-